

PRESSEMELDUNG

Krankenkassen müssen sparen – auch bei sich selbst

(Frankfurt, 15.03.2010-BVDA) Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) beabsichtigt im Arzneimittelbereich rund zwei Milliarden Euro einzusparen. Wie nicht anders zu erwarten reicht dies, nach Ansicht der Krankenkassen natürlich nicht aus. Die unrealistische Forderung bewegt sich in einer Größenordnung von rund drei bis vier Milliarden Euro. Wieder einmal wird versucht, neben der Pharmaindustrie die Apotheken weiter auszupressen.

„Es ist gut, dass der Gesundheitsminister an die Arzneimittelausgaben ran will“, so Dr. Doris Pfeiffer, Vorsitzende des Spitzenverbandes Bund und fordert höhere Zwangsrabatte, insbesondere auch bei Apotheken. Die Bundesregierung müsse schnell handeln, damit die Einsparungen noch in diesem Jahr wirken, so die GKV-Chefin.

Zudem lässt Pfeiffer die Uraltforderung einer Reduzierung der Apothekenzahl wieder aufleben, mit der Begründung, die Gewinnspannen der Apotheken seien immer noch so hoch, dass sich mehr Apotheken halten könnten als benötigt würden. So sieht die Vorsitzende des Verbandes bei den Apotheken noch Luft und verbreitet, dass beim so genannten Apothekenrabatt an die Kassen ein dreistelliger Millionen-Betrag eingespart werden könne. Sie hält es für sinnvoll, diesen Rabatt gesetzlich festzulegen und keinesfalls zu verringern“. Pfeiffer sieht durch eine geringere Anzahl von Apotheken die Versorgung nicht gefährdet und legt nach. Neben Arzneimittelausgaben müssten auch die Ausgaben für Arzthonorare und die Auslastung der Krankenhäuser auf den Prüfstand.

Der Bundesverband Deutscher Apotheker (BVDA) fordert Dr. Pfeiffer auf, den Irrglauben aufzugeben, dass prinzipiell die Leistungserbringer und hier insbesondere die öffentlichen Apotheken, zu Sparmaßnahmen heranzuziehen sind. „Das Ende der Fahnenstange ist erreicht“, so Apotheker Thomas Hieble, Präsident des BVDA. Schon jetzt kämpften zahlreiche Apotheken um das wirtschaftliche Überleben, wie auch der Rückgang der Apothekendichte, insbesondere im ländlichen Bereich beweise. Zudem nehme Pfeiffer wissentlich in Kauf, dass ihre Forderungen zum Abbau von Arbeitsplätzen führe und sich somit die Einnahmen der Kassen reduzierten.

Hieble rät den Krankenkassen, zur Eindämmung der Gesundheitsausgaben, nicht ausschließlich die Leistungserbringer heranzuziehen. Vielmehr sei es endlich erforderlich, dass die Kassen einmal die, von ihnen produzierten Verwaltungskosten überprüfen und dort den Rotstift ansetzen. So sieht der BVDA insbesondere Sparmöglichkeiten bei den hunderten von Kleinstaußenstellen der Kassen. Da heute gerne mit den Kassenkunden via Service-Hotlines kommuniziert würde, könnte zumindest jede zweite Geschäftsstelle eingespart werden. Zudem sollten die Kassen die Anzahl ihrer Vorstandsmitglieder und deren Gehälter, die mit Sicherheit das Einkommen vieler Apotheker weit übersteigen, auf den Prüfstand stellen. Hier könnten Millioneneinsparungen erzielt werden und zu einer besseren Versorgung der Menschen beitragen, die letztlich die Kassen finanzierten.

Erforderlichen Sparmaßnahmen werde sich der BVDA allerdings nicht verschließen und zu gegebener Zeit konstruktive Vorschläge unterbreiten. Es sei jedoch erforderlich, alle Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen und dies nicht ausschließlich bei Ärzten, Krankenhäusern, Apothekern, Pharmaindustrie und weiteren Leistungserbringern. Die Sparmaßnahmen der letzten Jahrzehnte hätten letztlich nur zu einer schlechteren Versorgung der Menschen und weiter steigender Beitragssätze geführt.